

daß solche Heden darauf abzielen, die Menschen reif zu machen für einen neuen „Ritt gen Osten“.

Doch das konnte nur eine Seite der Argumentation sein. Die Frage des „Rüstungsgleichgewichts“ war auch noch zu beantworten.

Raketenbasis Westdeutschland

Das Argument von der „Herstellung des Gleichgewichts bei der Rüstung“ kann nur als Versuch gewertet werden, überhaupt aufzurüsten bzw., wie es für Westdeutschland zutrifft, in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen. Das Gefasel von der „Gleichgewichtsherstellung“ ist also eine Farce, darauf berechnet, die Menschen zu verdummen, sie nicht erkennen zu lassen, daß damit das Wettrüsten forciert wird. Wettrüsten aber erhöht die Kriegsgefahr, also muß man die Forderung der Sowjetunion nach totaler Abrüstung unterstützen.

Trotz eingehender Erläuterungen wurde in der Aussprache noch verschiedentlich die Aggressivität des Bonner Staates bezweifelt. Ein Arbeiter aus Neumünster sagte wörtlich: „Wenn Sie soviel von den Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland sprechen, dann bin ich nicht ganz damit einverstanden, denn ich merke nichts davon, also sieht es doch wohl nicht so schlimm aus.“

An Hand einer Karte zeigten wir den westdeutschen Besuchern die Verwandlung Westdeutschlands in eine Atomwaffen- und Raketenbasis. Dem Arbeiter aus Neumünster war nicht bekannt, daß sich in der Nähe seiner Heimatstadt eine Basis für Mittelstreckenraketen befindet. Nicht weniger stark wirkte der Hinweis darauf, daß von den 140 Generalen der Bundeswehr 134 aktive Faschisten waren und sind, daß die direkten Rüstungskosten von 1955 bis 1962 auf 65,7 Milliarden D-Mark gestiegen sind; hinzu kommen noch die indirekten Rüstungskosten, wie zum Beispiel für Spionage, Sabotage und Informationen, mit 32,6 Milliarden D-Mark und ferner über 50 Milliarden D-Mark für den Aufenthalt der Besatzungstruppen. Wir verbanden diese Argumentation mit den sozialen Auswirkungen, so zum Beispiel damit, daß 25,7 Prozent aller Arbeiterfamilien in West-

deutschland in Untermiete leben, die Mietspreise sich ständig erhöhen und in Hamburg durchschnittlich um 100 bis 200 Prozent höher liegen als in Schwerin. Statt der hohen Rüstungsausgaben könnten die Gelder für neue Wohnungen ausgegeben werden, damit die 333 000 Menschen, die in Westdeutschland noch in Lagern leben, eine Wohnung erhalten.

Wer will Verständigung?

Neben den Fragen hinsichtlich der Bonner Kriegspolitik berühren andere das Problem der Verständigungsbereitschaft. Der Techniker Sch. aus Lübeck drückte das so aus: „Wir hören bei uns immer, daß uns die DDR bedrohe. Wenn ich aber jetzt den Deutschlandplan sehe und höre, daß die DDR bisher schon über 100 Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage gemacht hat, dann weiß ich nicht, wer recht hat.“

Die Antwort darauf liegt fast in der Frage begründet. Wer sich verständigen will, der droht nicht! Und es ist doch gerade die DDR (nicht aber Bonn), die bisher schon über 100 Verständigungsvorschläge gemacht und damit auch ihre Verständigungsbereitschaft gezeigt hat. Eine andere Seite ist, von wem es vor allem abhängt, daß es zur Verständigung kommt. Im Deutschlandplan des Volkes wird besonders die Verantwortung der Arbeiter in Ost und West betont, denn ihre gemeinsamen Interessen an der Erhaltung des Friedens, an einem besseren Leben, an einer echten Freundschaft zu allen Völkern verbinden sie und machen sie stark für eine gemeinsame Aktion zur Bändigung der größten Gefahr in Deutschland, des deutschen Militarismus.

Wodurch erreichten wir in Schwerin immerhin einige Erfolge in der gesamtdeutschen Arbeit?

Führungstätigkeit ist A und O

Die Kreisleitung der SED läßt sich davon leiten und orientiert ständig darauf, daß nur derjenige eine gute gesamtdeutsche Arbeit leisten kann, der selbst ideologisch klar und damit in der Lage ist, alle auftretenden Fragen zu klären. Darum legt sie großen Wert dar-